



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Gleichstellung und Frauen
Frau Iris Nieland, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/1322

VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

8. Februar 2022

Mein Aktenzeichen
PuK

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Ralf Gutmann
ralf.gutmann@bm.rlp.de

Telefon / Fax
06131 164028
06131 16174028

6. Sitzung Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 28. Januar 2022

hier: TOP 1: Welt-Mädchenbericht 2021 digitale Medienkompetenz

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

gemäß der Zusage in der Sitzung Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 28. Januar 2022 übersende ich Ihnen anbei den Sprechvermerk zu Tagesordnungspunkt 1.

Auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Patrick Kunz teile ich Ihnen mit, dass zwischen 2008 und 2021 mindestens 4.174 Lehrkräfte bzw. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter im Themenfeld Jugendmedienschutz an Schulen aller Schularten qualifiziert wurden.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Bettina Brück

Sprechvermerk
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen
am 28. Januar 2022

Vorlage 18/839: Antrag der Fraktion der Freien Wähler nach §76 Abs. 2 GOLT
Betreff: Welt-Mädchenbericht 2021 – digitale Medienkompetenz

Es gilt das gesprochene Wort

Der diesjährige Welt-Mädchenbericht von Plan International, der im Rahmen des Welt-Mädchentags veröffentlicht wird, setzt sich mit Falschnachrichten und -informationen im Internet auseinander. Der Bericht schlussfolgert, dass junge Mädchen weltweit durch die Begegnung mit Falschinformationen gehindert würden, sich für gesellschaftliche Themen zu engagieren. Als Grund hierfür wird unter anderem fehlendes Wissen über den Umgang mit Falschinformationen identifiziert.

Handlungsleitend für die Vermittlung digitaler Kompetenzen in Rheinland-Pfalz ist die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“. Die darin beschriebenen Kompetenzbereiche wurden im MedienKomp@ss Rheinland-Pfalz aufgegriffen, der mittlerweile flächendeckend in der Primar- sowie Sekundarstufe I eingeführt ist. Der MedienKomp@ss adressiert die im Antrag angesprochenen Herausforderungen und Gefahren digitaler Medien an verschiedenen Stellen:

1. im Kompetenzfeld „Informieren und Recherchieren“, wo Schüler*innen üben, ihre recherchierten Informationen und Daten zu analysieren, zu interpretieren, und kritisch zu prüfen;
2. im Kompetenzfeld „Kommunizieren und Kooperieren“, das die Notwendigkeit verdeutlicht, Verhaltensregeln einzuhalten sowie respektvoll und verantwortungsbewusst mit anderen zu interagieren;
3. im Kompetenzfeld „Analysieren und Reflektieren“, das beispielsweise lehrt, Gestaltungsprinzipien und Wirkmechanismen von Medien zu durchschauen; und
4. im Kompetenzfeld „Problembewusst und Sicher Agieren“, das explizit auch die Risiken im Umgang mit digitalen Medien in den Blick nimmt.

Auf dieser Grundlage entwickeln die Schulen unter Zuhilfenahme von geeigneten Materialien wie z.B. der Module der EU-Initiative „klicksafe“ Medienkonzepte und Modelle zur nachhaltigen Förderung der Medienkompetenz und setzen diese in allen geeigneten Unterrichtsfächern um. Mit der Durchsetzung von Bildungsstandards und Kompetenzorientierung werden an den Schulen schon seit längerem Ziele nicht mehr primär aus in Lehrplänen dargelegten Unterrichtsinhalten abgeleitet. Umgekehrt werden bei

vorgegebenen Kompetenzbeschreibungen durch die Fachkonferenzen geeignete Lernfelder und zielführende Lernwege im geeigneten Umfang ausgewählt und entwickelt. Dies ist Teil der regulären schulischen Qualitätsprogrammarbeit, es werden also keine Lehrpläne „abgearbeitet“.

Im Rahmen des Landesprogramms „Medienkompetenz macht Schule“ wurde das Multiplikatorenkonzept der Jugendmedienschutzberaterinnen und -berater bzw. Medienbegleiterinnen und -begleiter entwickelt. Diese haben an weiterführenden Schulen bzw. Grundschulen die Aufgabe, verschiedene Themenbereiche, wie Informationsbeschaffung, Kommunikation, Selbstdarstellung im Netz, Recht und Gesetz, Shopping Online, etc. in ihr Kollegium zu tragen und diese ebenso mit den Schülerinnen und Schülern im Unterricht zu thematisieren.

Die Schulung der Beraterinnen und Berater erfolgt durch Landesberaterinnen und -berater und für den Jugendmedienschutz. Unter Berücksichtigung aktueller medialer und medienpädagogischer Entwicklungen werden diese Landesberaterinnen und -berater jedes Jahr fortgebildet, um weitere Jugendmedienschutzberaterinnen und -berater bzw. Medienbegleiterinnen und -begleiter auszubilden und den bisher ausgebildeten Lehrkräften regionale Schulungen mit verschiedenen Schwerpunkten zur Vertiefung der eigenen Kompetenzen anzubieten.

In Zusammenarbeit mit dem Landesprüfungsamt im Ministerium für Bildung wird die Qualifizierung zu Jugendmedienschutzberaterinnen und -beratern bzw. Medienbegleiterinnen und -begleitern auch in der zweiten Phase der Lehrerbildung allen Referendarinnen und Referendaren regional angeboten.

Des Weiteren ging aus „Medienkompetenz macht Schule“ die Initiative „Stark im Netz“ hervor, die den Fokus auf die Schaffung präventiver Strukturen legt. Dazu gehört unter anderem das Peer-Education-Konzept „Medienscouts RLP“. In diesem Rahmen werden Schülerinnen Schüler zu Mentorinnen Mentoren im Bereich Jugendmedienschutz ausgebildet – etwa durch Online-Trainings zu Themen wie Hate-Speech oder Cybermobbing. Auch die Ausbildung von Lehrkräften zu Jugendmedienschutzberaterinnen und -beratern ist Teil von „Stark im Netz“. Somit tragen die ausgebildeten Schülermentorinnen und -mentoren sowie Lehrkräfte die unterschiedlichen Themen und Herausforderungen rund um den Umgang mit digitalen Medien auch außerhalb des Unterrichts in die Schulgemeinschaft und fungieren als niederschwellige Anlaufstellen bei Fragen oder Konflikten.

Speziell zu Themen wie Fakenews, Demokratiebildung und Quellenkritik werden aktuell eigene Fokusveranstaltungen angeboten. So berichten z.B. Mitarbeiter*innen des

SWR-Projekts „Planet Schule“, in verschiedenen Veranstaltungen über die Möglichkeiten Kinder und Jugendliche für einen quellenkritischen Blick zu schulen. In Bezug auf die Aktivierung von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf ihr politisches und/oder ziviles Engagement, lernen diese im Rahmen des genannten Peer Education Projekts, wie sie in unklaren Situationen souverän agieren können. Sie erleben dadurch eine hohe Selbstwirksamkeit in ihren sozialen Zusammenhängen. Die Zusammenarbeit mit der Demokratiebildung, wie auch mit Initiativen wie LOVE-Storm, girlsgomovie, beWirken e.V., um nur einige zu nennen, bieten darüber hinaus Möglichkeiten sowohl für Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schülern sich ihrer Stärken bewusst zu werden, ihre Reflexions- und Kritikfähigkeit zu schärfen, um sich dann ein umfassendes Bild machen zu können.

Frauen und Mädchen ziehen sich nicht nur wegen Falschinformationen im Netz, sondern auch aufgrund zunehmender digitaler Gewalt aus dem öffentlichen Diskurs zurück.

Mädchen und Frauen werden, anders als Männer, im Netz meist sexistisch angegriffen und mit sexueller Gewalt bedroht. Dennoch hat der Geschlechteraspekt in der politischen und fachlichen Debatte bisher kaum eine Rolle gespielt.

Das Frauenministerium nutzte den Internationalen Frauentag 2020 daher, um den wachsenden Frauenhass im Netz in den Fokus zu rücken. Bei dem Fachgespräch „Digitale Gewalt und Sexismus im Netz – Für einen besseren Schutz von Frauen“ am 5. März 2020 wurde mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Medien sowie der Strafverfolgungsbehörden und der frauenpolitischen Interessengruppen über die problematische Entwicklung und mögliche Lösungsansätze diskutiert.

Die Landesregierung hat ein Maßnahmenpaket aufgelegt, um digitaler Gewalt entgegenzuwirken. Unter dem Motto „Verfolgen und Löschen“ wurden Strafverfolgungsbehörden, Medienaufsicht und Medienhäuser zusammengeführt, um gemeinsam Hassrede und -kriminalität im Netz effektiver zu bekämpfen. 2020 wurde die Kampagne „Miteinander gut leben - Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“ ins Leben gerufen, durch die die Landesregierung ein klares Zeichen setzen und Bürgerinnen und Bürger ermutigen will, sich der Aggression im Netz öffentlich entgegenzustellen

Der Forderung, dass Regierungen umfassende Programme für digitale Medienkompetenz entwickeln müssen, um Desinformation im Netz zu bekämpfen und digitale Kompetenzen strukturiert anzubahnen, wird in Rheinland-Pfalz bereits seit vielen Jahren entsprochen. Daher sehen wir uns bereits auf dem richtigen Weg.

Dennoch wird die die Landesregierung auch weiterhin mit großem Ressourceneinsatz die Medienkompetenzförderung an Schulen stärken und dabei auch die Lehrkräfte angemessen unterstützen, um den Herausforderungen adäquat begegnen zu können.